

spricht, dass die Jugendarbeitslosigkeit wie die generelle Arbeitslosigkeit in der Schweiz dank dem hiesigen Bildungssystem geringer ist: 1990 lag die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen noch bei 0,4 Prozent, mittlerweile sind es etwa 3,5 Prozent; sie liegt also über dem Durchschnitt der Erwerbstätigen von 3,0 Prozent. Zudem sendet das Volkswirtschaftsdepartement unstimmgige Signale aus, wenn es einerseits unser duales Bildungssystem als Welterfolg überhöht und gleichzeitig ständig den angeblichen «Fachkräftemangel» bejammert.

Warum will der Bundesrat mittels Personenfreizügigkeit unbedingt den Import von Arbeitskräften ankurbeln, wo doch das ausländische Berufsbildungssystem dem unsrigen so unterlegen sein soll? Schliesslich ist es auch falsch, nur den andern Ländern vorzuwerfen, sie steckten in einer «Akademisierungsfalle». Auch die Schweiz beschreitet seit Jahren den Holzweg der Akademisierung: Jede Hebamme, jede Kindergärtnerin und jeder Clown bedarf heute eines Hochschulabschlusses. Die öffentliche Verwaltung sucht Juristen für Stellen, die früher kaufmännisch

---

### Es ist falsch, nur den andern Ländern vorzuwerfen, sie steckten in einer «Akademisierungsfalle».

---

Ausgebildete problemlos ausfüllten. Die Fachhochschulen machen den ETH und den Universitäten enorme staatliche Gelder streitig, beliefern aber die Wirtschaft – im Gegensatz zum früheren Technikum – vielfach mit Absolventen ohne jede praktische Erfahrung.

#### Für die Galerie

Der schweizerische Bildungsexport wurde in Washington ohnehin weitgehend für die Galerie veranstaltet.

Weit entscheidender waren Bundesrat Schneider-Ammanns Gespräche mit dem amerikanischen Handelsminister Wilbur Ross. Das Programm «America first» bildet eine echte Herausforderung für die Exportnation Schweiz. Schneider-Ammann tat gut daran, eine ungefähr ausgewogene Handelsbilanz zu präsentieren, um Gegenmassnahmen der USA zu vermeiden. Sorgfältig umschiffte unser oberster Wirtschaftsverantwortlicher aber das Thema «Automatischer Informationsaustausch» im Finanzbereich. Während die Schweiz hier längst eingeknickt ist, denken die USA nicht im Traum daran, ihre Wettbewerbsvorteile im Bankensektor preiszugeben. Daran ändert sich auch nichts, wenn Ivanka Trump twittert: «Es war grossartig, von Bundesrat Schneider-Ammann mehr über die Schweizer Berufslehre zu erfahren.» ○

## Parteien

# Zürichs brave Opposition

*Von Michael Baumann* — In Zürich starten CVP, FDP und SVP bei den Stadtratswahlen einen neuerlichen Angriff auf die links-grüne Übermacht. Ohne Zunder im Wahlkampf bleibt die Wende ein Traum.

Im März 2018 stehen in der Stadt Zürich Richtungswahlen an – wieder einmal, ist man geneigt zu sagen. Seit 1994 sprechen CVP, FDP und SVP gebetsmühlenartig alle vier Jahre von einer Wende in der Exekutive. Gelungen ist sie nie. 1982 und nochmals 1986 war es, als der sogenannte Bürgerblock im neunköpfigen Stadtrat zuletzt eine Mehrheit errang. Seit 1990 schwingt ununterbrochen eine rot-grüne Koalition das Zepter in der grössten Schweizer Stadt. Und das nicht einmal so erfolglos: Die Stadt Zürich steht nicht besonders gut da, aber auch nicht grottenschlecht. Gegenwärtig hält die SP vier Stadtratssitze, die Grünen und die Linksalternativen je einen. Auf der anderen Seite hat die FDP zwei Sitze und die CVP einen. Im Gemeindeparlament errangen die Bürgerlichen zwar hin und wieder eine knappe Mehrheit. Weil sie aber mehr stritten als an einem Strick zogen, brachten sie kaum etwas zustande.

Auch diesmal könnte die Ausgangslage nicht viel schlechter sein. Denn während bei der links-grünen Mehrheit alle Bisherigen wieder antreten, haben die Bürgerlichen zwei von drei Sitzen zu ersetzen. Die Grünen liebäugeln mit einem zweiten Sitz, und auch die Grünliberalen melden Ansprüche an. Warum also sollte ausgerechnet jetzt die Wende gelingen?

#### Angriff aus der Rücklage

Wie alle vier Jahre wieder hat sich auf bürgerlicher Seite unter der Führung des Gewerbeverbands ein überparteiliches Komitee gebildet. In Anlehnung an die erfolgreiche Regierungsratswahlkampagne von SVP, FDP und CVP im Jahr 2015 unter dem Namen «Top 5» steigen die fünf Stadtratskandidaten der drei bürgerlichen Parteien unter dem identischen Label in den Wahlkampf. Das mag fantasielos wirken. Aber wenn am Schluss der Erfolg da ist und aus dem Quintett Stadtrat Filippo Leutenegger und Gemeinderat Michael Baumer (beide FDP), Gemeinderat Roger Bartholdi und Kantonsrätin Susanne Brunner (beide SVP) sowie Gemeinderat Markus Hungerbühler (CVP) vier oder fünf gewählt sind, fragt niemand mehr danach.

«Angriff ist die beste Verteidigung», heisst es im Sport. Doch dieses Bonmot gilt nur, wenn man in Führung liegt und diese nicht aus der Hand geben will. Die bürgerlichen Parteien liegen aber punkto Sitzzahl im Stadtrat deutlich im Hintertreffen, so dass es einen gepfefferten Angriff brauchte, eine Attacke, die den Namen auch verdient. Nicole Barandun, Co-Präsidentin des überparteilichen Komitees sowie Präsi-

dentin der kantonalen CVP und des städtischen Gewerbeverbands, räumt auf Anfrage ein, dass es für eine Wende dieses Mal wahrscheinlich noch nicht reichen dürfte. Aber einen Sitzgewinn nennt sie als Zielvorgabe. «Das wäre schon ein Erfolg.»

Diesmal ist für Barandun eine Grundvoraussetzung erfüllt: «Die bürgerlichen Parteien und Kandidaten bekriegen sich nicht mehr untereinander.» Vor allem FDP und SVP seien willens, endlich wieder am gleichen Strick zu ziehen. Wichtig sei aber in erster Linie, dass die fünf Kandidaten für die Klientel aller drei Parteien wählbar seien. Auch für Mauro Tuena, SVP-Nationalrat und Stadtparteipräsident, ist klar, dass «im ultralinken Zürich» nur mit einem starken Ticket etwas zu holen sei. Und mit Knochenarbeit im Wahlkampf. Doch reicht das schon? Dass beim letzten Mal CVP-Stadtrat Gerold Lauber offen Amtsinhaberin Corine Mauch von der SP und nicht Filippo Leutenegger bei der Wahl fürs Stadtpräsidium unterstützte, war der Sache nicht dienlich. Auch nicht, dass sich Andres Türler, Stadtrat der FDP, und Lauber zierten, sich zusammen mit den SVP-Kandidaten für ein Plakat fotografieren zu lassen. Wenn der grösste Feind im selben Boot sitzt, ist kein Blumentopf zu gewinnen.

Die bürgerlichen Wendegelüste werden auch deshalb geschmälert, weil der Leidensdruck für die Bevölkerung nicht akut ist. «Dass die Stadt gut dasteht, hängt aber vor allem von den Rahmenbedingungen ab, die der Kanton geschaffen hat», betont Barandun. Sowohl im Kantons- als auch im Regierungsrat schaut eine bürgerliche Mehrheit zum Rechten. Filippo Leutenegger, Herausforderer für das Stadtpräsidium, schätzt die Lage gleich ein: «Die Stadt Zürich verfügt gegenwärtig über üppige finanzielle Mittel.» Die Finanzen der Stadt seien dank der Tiefzinspolitik im Lot, was zu rekordtiefen Schuldzinsen, höheren Grundstückgewinnsteuern und mehr Steuern von Hauseigentümern führe. «Das ist aber nichts anderes als ein temporäres Geschenk der Europäischen Zentralbank und der Nationalbank.»

#### Linke Machterhaltung

Diese Schönwetterlage wird irgendwann zu Ende sein. Laut Leutenegger müsse man auf den Umschwung vorbereitet sein. Die rot-grüne Mehrheit konzentrierte sich auf die Erhaltung der eigenen Macht und bewirtschaftete die eigene Klientel. «Wer fest im Sattel sitzt, ist



Schönwetterlage: FDP-Stadtrat Leutenegger (l.), SP-Stadtpäsidentin Mauch an der Hirsebreifahrt 2016.

weniger bereit, die grossen Risiken der Zukunft anzupacken, wie eine Steuerreform oder das Grossrisiko Spitäler.» Der FDP-Stadtpresidentschaftskandidat hofft, dass die drei bürgerlichen Sitze verteidigt werden können und vielleicht sogar jemand von der SVP den Sprung in die Exekutive schafft. «In den letzten vier Jahren war ich bei ordnungspolitischen Fragen

### Wenn der grösste Feind im selben Boot sitzt, ist kein Blumentopf zu gewinnen.

klar in der Minderheit», blickt Leutenegger zurück. Das müsse sich ändern.

Markus Hungerbühler, Präsident der Stadtzürcher CVP und Stadtratskandidat, erachtet die Ausgangslage als nicht so schlecht. «Die Einigkeit auf bürgerlicher Seite», sagt er, «macht die Zusammenarbeit einfacher als noch vor vier Jahren.» Hungerbühler will die Wähler von besseren Lösungen überzeugen. «Eine Wahl ist immer auch ein Wettbewerb der Meinungen.» Als Beispiel nennt er das besetzte Koch-Areal: Da habe der Stadtrat viel zu spät reagiert und dann scheinbar auf eine Pseudolösung hingearbeitet. Für Hungerbühler gilt gleiches Recht für alle, Ausnahmen seien unzulässig. «Hier ist beim Stadtrat eine klare

Abnützerserscheinung erkennbar», sagt er. Der CVP-Vertreter will aber durchaus auch die schwächeren Glieder der rot-grünen Phalanx im Stadtrat angreifen. Sicherheitsvorsteher Richard Wolff (AL) und Claudia Nielsen (SP), zuständig für das Gesundheits- und Umweldepartement, seien angeschlagen.

FDP-Stadtratskandidat Michael Baumer spricht von einer verheissungsvollen Entwicklung: «Die neue Kampagne ist die logische Fortsetzung der Zusammenarbeit von vor vier Jahren, die wir unter meiner Präsidentschaft begonnen haben.» Damals sei verhindert worden, dass sich die bürgerlichen Parteien gegenseitig behinderten. «Immerhin konnten wir das letzte Mal den zweiten FDP-Sitz zurückerobern.» Gemäss Baumers Einschätzung verwaltet der rot-grüne Stadtrat nur noch die Erfolge der Vergangenheit. In den letzten Jahren sei im Stadtrat keine wirklich innovative Idee entstanden, obwohl es konkrete Herausforderungen gebe: Das Bevölkerungswachstum erhöhe den Druck auf Mieten und Infrastruktur. «Als Reaktion darauf muss das Bauen ermöglicht werden.» Durch die Automatisierung der Mobilität und die allgemeine Digitalisierung komme ein gewaltiger Umbruch auf Zürich zu. «Doch die daraus resultierenden Folgen und Chancen hat der Stadtrat noch gar nicht auf dem Radar», kritisiert der FDP-Kan-

didat. Lieber konzentriere man sich darauf, die Gewerbetreibenden mit pingeligen Kontrollen und veralteten Regulierungen zu piesacken. «Die links-grüne Klientel darf sich aber alles erlauben.» Der Unmut darüber sei spürbar.

Noch deutlicher wird Polit-Haudeggen Alfred Heer, SVP-Nationalrat aus dem Kanton Zürich, der schon viele Schlachten geschlagen hat. Bei den Stadtspitalern gebe es finanzielle Löcher ohne Ende. «Da muss man von Misswirtschaft sprechen.» Die Abteilung Entsorgung und Recycling Zürich, die unter anderem wegen einer schwarzen Kasse in die Schlagzeilen geriet, sei nicht saniert worden. Direktor Pauli, der wegen der Affäre gehen musste, hat laut Heer einfach die Gebühren erhöht. Der gleiche Mechanismus sei beim Strom, bei der Parkkarte in der blauen Zone und bei den Polizeibussen geschehen. «Das ist nicht in Ordnung, hier muss man den Finger daraufhalten.» Die SP mache schon lange nicht mehr für alle Politik, sondern hauptsächlich für die eigenen Leute. Hier müsse man einhaken.

Doch wer den linken Block, der seinerseits Expansionsgelüste hegt, aufbrechen will, kann nicht nur zum Angriff blasen. Die bürgerlichen Parteien müssten im Wahlkampf die Schwächen der Gegner aufdecken. Konsequenter und unbequem. Mit der Oppositionsrolle aber tun sich die Bürgerlichen schwer. ○